

FWG Fraktion drängt auf Unterstützung der Nidderauer Gewerbetreibenden

Aufgrund der sich immer weiter zuspitzenden Situation und Unsicherheit durch den fortgeführten Lockdown mit dem Non-Food Einzelhandel haben die Nidderauer Gewerbetreibenden eine sehr schwierige Zeit. Die Einschränkungen bzw. die vollständige Stilllegung des Geschäftsbetriebs u.a. in der Weihnachtszeit hat besagte Gewerbetreibende finanziell stark getroffen und es ist anzunehmen, dass nicht alle ohne finanzielle Hilfen zum Ende des Lockdowns wieder öffnen können. Erste Geschäftsschließungen gab es bereits. Auch die staatlichen Hilfen und Überbrückungsgelder greifen nicht in jedem Fall. Die FWG- Fraktion hat daher in der konstituierenden Stadtverordnetenversammlung am 21.4.2021 den Antrag an den Magistrat gestellt, ein Konzept zu entwickeln, um die notleidenden Nidderauer Gewerbetreibenden zu unterstützen. „Bei den Vorschlägen haben wir uns an den Nachbargemeinden orientiert, die bereits erfolgreich Maßnahmen wie Gutscheinkaktionen oder Online-Marktplätze etabliert haben“, sagte Silke Sacha, die den Antrag für die FWG Fraktion vorstellte. „Darüber hinaus haben wir um Prüfung gebeten, welcher Bedarf der städtischen Einrichtungen wie Verwaltung, Bibliothek, Kitas, etc. beim lokalen Einzelhandel gedeckt werden kann.“ Im Zuge des Stadtmarketings sollte geprüft werden, wie der Einzelhandel für die Dauer des Lockdowns aber auch im Falle einer Wiedereröffnung unterstützt werden kann. Nicht zuletzt hätten wir es begrüßt, wenn an den neu aufgelegten Förderprogrammen der hessischen Landesregierung zur Stützung des Einzelhandels und Innenstadtentwicklung mit einem Volumen von insgesamt 40 Mio. Euro zielgerichtet teilgenommen wird. Wir freuen uns, dass die städtische Abteilung für Wirtschaftsförderung zwischenzeitlich auch verschiedene Ideen entwickelt hat, welche im kommenden Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung dargestellt werden, um dann über eine der folgenden Stadtverordnetenversammlungen endgültig auf den Weg gebracht zu werden. Wir bedauern sehr, dass die Ergänzungsanträge zur Änderung der Hauptsatzung, die Fraktionsvorsitzende Anette Abel stellte, mehrheitlich abgelehnt wurden. Insbesondere der Vorschlag, einen Absatz hinzuzufügen, dass die Stadtverordnetenversammlung im Zuge ihrer Kontrollpflicht detailliert über die vom Magistrat unternommenen Schritte im Rahmen der übertragenen Aufgaben per schriftlicher Mitteilungsvorlage zu unterrichten ist, hätte in unseren Augen die Transparenz deutlich erhöht und die Hauptsatzung damit sinnvoll erweitert.

Pressedienst - FREIE WÄHLER Ortsvereinigung Nidderau